



Koloss auf tönernen Füßen

Britisches Gesundheitssystem braucht keine deutschen Zahnärzte mehr

Ende des Monats, am 27. Juni, tritt Tony Blair als britischer Premierminister zurück. In seiner zehnjährigen Amtszeit hat er ein ehrgeiziges Reformprogramm für das staatlich regulierte Gesundheitssystem verfolgt. Es galt in den letzten Jahren als attraktives Ziel für von deutschen Budgetzwängen und Bürokratie enttäuschten Zahnärzten. Sie wurden in Großbritannien mit offenen Armen empfangen. Doch damit ist seit Ende März Schluss.

Das Vereinigte Königreich zählt zu den am stärksten privatisierten Volkswirtschaften der Welt. Doch in einem Bereich – dem Gesundheitswesen – gilt es als Prototyp staatlicher Regulierung. Zurückzuführen ist dieser scheinbare Wider-

Der heute noch existierende NHS wird größtenteils mit Steuergeldern finanziert, wobei der Leistungskatalog bedeutend kleiner ist als der Katalog der deutschen gesetzlichen Krankenversicherung. In der Zahnmedizin übernimmt der NHS lediglich die Kosten für die Grundbehandlung. Und auch hierfür sind erhebliche Patientenzuzahlungen fällig. Nicht zuletzt deshalb hat das NHS-System im Laufe der Jahre empfindlich an Attraktivität verloren. Ein Drittel der Zahnärzte ist ganz aus dem staatlichen System ausgestiegen und behandelt nur noch auf private Rechnung.

„NHS-Plan“ sollte Missstände beheben

In die Regierungszeit von Margaret Thatcher fielen einige grundlegende Reformen des NHS. Sie führte Wettbewerbselemente ein, um die Kosten zu senken und gleichzeitig die Qualität der Versorgung zu optimieren. Doch Anfang der 90er-Jahre litten die britischen Patienten immer noch unter den längsten Wartelisten Westeuropas. So war es keine Seltenheit, dass Briten zehn Monate oder länger auf einen Routineeingriff warten mussten. Die 1997 gewählte Labour-Regierung von Tony Blair initiierte im Jahr 2000 den „NHS-Plan“. Seitdem gibt der britische Staat deutlich mehr Geld für die Gesundheit seiner Bürger aus. Der Etat des NHS wurde verdoppelt und 300 000 neue Ärzte und Krankenschwestern eingestellt. Den gravierenden Ärzte- und Zahnärztemangel versuchte das Department of Health (DH) unter anderem mit gezielter Anwerbung deutscher Mediziner zu beheben. Mittlerweile arbeiten rund 3000 deutsche Zahnärzte in Großbritannien. Doch Ende März erklärte das DH die Rekrutierungskampagne für beendet. Man könne den Bedarf an medizinischen Fachkräften zukünftig mit eigenen Kapazitäten abdecken.

Obwohl es weiterhin möglich sein wird, als deutscher Zahnarzt in Großbritannien zu



Foto: Crown copyright

Hat dem staatlichen Gesundheitssystem mehr Geld zukommen lassen: Tony Blair, britischer Premierminister der letzten zehn Jahre.

spruch auf die Situation nach dem Zweiten Weltkrieg: In der wirtschaftlich schwierigen Phase litten viele Briten unter einem katastrophalen Gesundheitszustand. Um jedem Bürger eine ausreichende medizinische Versorgung zukommen zu lassen, wurde 1948 der National Health Service (NHS) gegründet.



arbeiten – das gebietet allein der freie europäische Dienstleistungsverkehr –, wird es in Zukunft schwieriger, einen der gut dotierten Posten zu bekommen. Für viele abwanderungswillige Zahnärzte wird diese Nachricht eine Enttäuschung sein. Denn durch den „NHS-Plan“ war Großbritannien ein durchaus interessanter Arbeitsplatz für Zahnärzte geworden. Die von der Regierung zur Verfügung gestellten zusätzlichen Mittel kamen ihnen zu einem erheblichen Teil zugute.

An der enormen Größe des NHS hat sich nichts geändert. Er ist nach wie vor ein Koloss auf tönernen Füßen: Mit seinen 1,4 Millionen Angestellten ist er der größte Arbeitgeber Europas. Dazu gehören auch 22 000 Zahnärzte. Die meisten von ihnen (18 000) sind in der British Dental Association (BDA) organisiert.

Skandalöse Zustände im britischen Gesundheitswesen

Ein zentraler Teil der Reform war die Dezentralisierung. England, Schottland, Wales und Nordirland betreiben heute ihre eigenen Gesundheitssysteme. „Deshalb kann man nicht pauschal von einer schlechten Situation der britischen Zahnärzte sprechen“, erklärte BDA-Sprecher John Hilsdon. Es gäbe jedoch einige Schwachstellen in allen Teilen des Königreichs. So sei der Zugang zur zahnärztlichen Versorgung in einigen ländlichen Gegenden unzureichend und es gäbe landesweit zu wenig Hochschullehrer, die die wachsende Zahl der Zahnmedizinstudenten unterrichten könnten.

Nach wie vor müssen Briten häufig lange auf chirurgische Eingriffe warten. Im Mai vergangenen Jahres hatte der Europäische Gerichtshof das britische Wartesystem für Operationen gerügt. Anlass war der Fall einer Frau, die mit einer akuten Hüftarthritits mehrere Monate auf ein neues Hüftgelenk warten musste. Angesichts solcher Geschichten überrascht es nicht, dass in einer Umfrage der Zeitung „Observer“ mehr als die Hälfte der Befragten die Leistungen des NHS als schlecht oder sehr schlecht bezeichneten. Auch in der Zahnheilkunde kam es trotz der staatlichen Bemühungen zu keinen nennenswerten Verbesserungen in der Wahrnehmung der Bevölkerung. Britische und inter-

ationale Medien beklagen immer wieder die schlechte Zahngesundheit im Königreich. So berichtete die New York Times am 7. Mai 2006 von den Selbstbehandlungen vieler in ländlichen Gegenden wohnender Briten, die keinen Termin bei einem NHS-Zahnarzt erhielten und sich eine Privatbehandlung nicht leisten konnten.

Zurückzuführen sind diese Zustände auf einen eklatanten Zahnärztemangel. Warum Großbritannien trotzdem die Anwerbekampagne beendet, bleibt schleierhaft. Schließlich muss dort ein Zahnarzt im Schnitt fast doppelt so viele Menschen versorgen wie in Deutschland. Die Folge ist, dass Briten häufig lange auf einen Zahnarzttermin warten müssen. Aber nicht nur die Patienten von Zahnärzten klagen über unzureichende medizinische Versorgung. Auch staatlichen Gesundheitsverwaltungen und Kliniken geht das Geld aus. Patientenorganisationen kritisieren mittlerweile die Zustände in den Krankenhäusern als „skandalös“.

Auch Deutschland auf dem Weg zur Staatsmedizin

Mit dem auf Selbstverwaltung basierenden deutschen System lässt sich das staatliche britische kaum vergleichen. Doch die Bundesregierung hat einen Weg eingeschlagen, der dem britischen nicht unähnlich ist. So wird in den kommenden Jahren der Anteil der Steuergelder an der Finanzierung des Gesundheitswesens kontinuierlich ausgebaut. Damit verbunden sind Gefahren für die medizinische Versorgung, unter denen die Briten seit vielen Jahren zu leiden haben. Denn die staatlichen Mittel sind abhängig von der konjunkturellen Lage. Wenn der Bund zu wenig Geld einnimmt, dann liegt es für ihn nahe, im Gesundheitsressort zu sparen. So haben britische Regierungen immer wieder beim NHS gekürzt, wenn die Steuereinnahmen geringer ausfielen als erwartet. Das Beispiel Großbritannien zeigt: Die Abhängigkeit vom Staat führt zur Rationierung medizinischer Leistungen, die sich mit ambitionierter, moderner Zahnheilkunde nicht in Einklang bringen lässt.

Tobias Horner